

NACHRICHTEN

5 ISA-Gefangene freigelassen – Vincent Cheng bleibt übrig

Am 20.12.87 wurden weitere 5 der im Mai/Juni 1987 nach dem Gesetz zur Inneren Sicherheit (ISA) als angebliche Marxisten Verhafteten, freigelassen (vgl. SOAI 2-4/87), 6 Monate früher als in ihrer für ein Jahr ausgesprochenen Internierungsanordnung. Das Innenministerium ist inzwischen davon überzeugt, daß die 5 kaum weitere "subversive" Aktivitäten aufnehmen würden. Die Freilassungen waren allerdings mit 3 Auflagen verbunden, nämlich daß sie ohne schriftliche Genehmigung durch die Behörde nicht das

Land verlassen, keinem Verein beitreten oder seine Aktivitäten unterstützen, und keine Verbindungen zu Organisationen aufnehmen dürfen, die den Kommunismus propagiert haben. Somit bleibt lediglich der angebliche Anführer der marxistischen Konspiration in Singapur, Vincent Cheng, im Gefängnis. Im letzten Jahr wurde ihm gesagt, er würde im März 1988 freigelassen. Anfang Februar wurde dieser Termin auf Juni verschoben. Außer Cheng wird seit 1966 Chia Thye Poh nach dem ISA gefangengehalten. Chia weigert sich ein Geständnis abzulegen oder ins Ausland abgeschoben zu werden.

Wie jetzt erst bekannt wurde, wird Vincent Cheng seit einiger Zeit regelmäßig in seinem gehei-

men Polizeigefängnis von Vater Peres, einem Priester des katholischen Ordens "Opus Dei", besucht. Opus Dei ist bekannt für seine Zusammenarbeit mit den Faschisten während der Zeit der Franco-Herrschaft in Spanien und gilt innerhalb der katholischen Kirche als aggressiver rechter Flügel. Beobachter meinen, daß Vincent Cheng, da er sich schon früher mit Opus Dei auseinandergesetzt und sogar darüber einige Aufsätze verfaßt hat, wohl kaum von ihnen beeinflußt werden könnte. Opus Dei hat kürzlich die katholische Studentengemeinde der National-Universität Singapurs übernommen. vgl. FEER 31.12.87 S.6; Update No.17 S.1

Verhaftungen richteten sich eigentlich gegen die katholische Kirche

Im Zusammenhang mit Vorwürfen des Innenministers S. Jayakumar vor dem Parlament gegen den katholischen Priester Edgar D'Souza, gab dieser Informationen über die Hintergründe des Gesprächs am 2.6.87 zwischen Premierminister Lee Kuan Yew und dem Erzbischof von Singapur, Gregory Yong, bekannt. Aus seiner Darstellung über die Zusammenkunft von Lee einerseits und Yong mit einer Delegation von 10 Kirchenbeamten andererseits bestätigt sich der schon früher geäußerte Verdacht, daß Lee die katholische Kirche massiv unter Druck gesetzt hat. Yong wurde eine von Vincent Cheng unterschriebene Erklärung vorgelegt, die die Vorwürfe der marxistischen Konspiration durch Cheng und 4 weiteren Priester, unter ihnen D'Souza, angeblich bestätigten. Als Yong äußerte, er sei nie vor solchen "subversiven Aktivitäten" gewarnt worden, legte ihm Lee 3 wörtliche Protokolle von Gesprächen vor, die Beamte des Innenministeriums zwischen Dezember 1985 und Juli 1986 mit Yong geführt hatten, in denen Besorgnis über die "Justitia et Pax" Kommission und die Publikation "Catholic News" zum Ausdruck gebracht wurde, wo D'Souza mitgearbeitet hatte. Yong war überrascht über die wörtlichen Protokolle, denn während der Gespräche waren keine Stenotypisten anwesend und keine Tonbandgeräte sichtbar gewesen. Lee sei sehr ungeduldig gewesen und habe sehr eindringlich auf seiner Behauptung bestanden, daß eine Kollision zwischen der Kirche und dem Staat unausweichlich und für beide Seiten nicht gut sei. Lee sei bereit, die

ihm durch den ISA zur Verfügung stehende Macht wenn nötig zu nutzen, wenn Yong nicht in seinem eigenen Haus Ordnung schaffen könne. Ein Mitglied der Delegation äußerte anschließend, daß es schwer sei, dieses Vorgehen nicht als Angriff gegen die Kirche zu werten. Das eigentliche Angriffsziel seien nicht die 16 Verhafteten, sondern die 4 Priester am 4.6. von ihren Posten zurück, um den Konflikt nicht weiter anzuheizen. Kurz darauf verließen sie Singapur, da sie vor einer Verhaftung nach dem ISA nicht mehr sicher sein konnten.

Jayakumar hatte am 30.11.87 im Parlament erklärt, daß Vater D'Souza, dem von der Regierung Verbindungen mit der "marxistischen Konspiration" nachgesagt werden, ein Verhältnis zu einer Frau gehabt hätte. Er begründete die Bekanntmachung dieser durch Polizeibeschatzung gewonnen Erkenntnisse damit, daß D'Souza in Australien und Neuseeland eine Kampagne gegen die Regierung Singapurs angefangen habe und diese Erkenntnisse für seine Glaubwürdigkeit von Bedeutung seien.

D'Souza wies den Vorwurf zurück, er sei nach Australien gegangen, um gegen die Regierung Singapurs zu agitieren. Bezogen auf sein Verhältnis zu einer Frau als katholischer Priester, sagte er, daß er dabei sei, den "Konflikt zwischen seiner Liebe für das katholische Priesteramt und für eine Person" zu lösen. Am 11.12.88 hat D'Souza in einem Brief an Yong seinen Austritt aus der Priesterschaft erklärt.

vgl. FEER 17.12. S.28, 31.12.88 S.6; AW 18.-25.12. S.25, 1.1.88 S.15

Christian Conference of Asia rausgeschmissen

Am 30.12.87 besetzten etwa 30 Polizisten und Beamte der Ausländerbehörde die Büroräume der Christian Conference of Asia (CCA) und schlossen mit sofortiger Wirkung auf Anordnung des Innenministers das Büro. Sie beschlagnahmten sämtliche Unterlagen und die Büroräume. Die 5 ausländischen Mitarbeiter/innen aus Indien, Süd-Korea, Japan, Philippinen und Sri Lanka wurden aufgefordert bis zum 11.1.88 Singapur zu verlassen.

CCA hat über 100 Mitgliedskirchen und Organisationen in 17 asiatischen Ländern – u.a. die anglikanische und methodistische Kirche in Singapur – und ist selbst Mitglied des Weltkirchenrates. Seit 1974 befindet sich das Hauptbüro mit 7 Abteilungen in Singapur. 2 Abteilungen sind in Hongkong. Der Innenminister Singapurs wirft CCA vor, Singapur "als Stützpunkt zur Unterstützung von 'Befreiungsbewegungen' in anderen asiatischen Ländern zu benutzen und bei der Förderung von pro-kommunistischen Organisationen, Solidaritätskonferenzen und Informationsaustausch von politischen Aktivisten und Dissidenten untereinander zu helfen." Bereits vor 1974 war CCA für die Gründung der Jourong Industrial Mission 1969 verantwortlich, von wo aus angeblich Tan Wah Piow, Paul Lim und Vincent Cheng – die angeblich führenden Köpfe der "kommunistischen Konspiration" – Unruhe unter den Industriearbeitern in den 70er Jahren geschaffen hätten. Der Generalsekretär von CCA, George Ninan, widersprach den Darstellungen des Innenministers. Gegen die Schließung von CCA in Singapur kamen Proteste von Kirchen aus

aller Welt. CCA selber, die vorläufig ihr Hauptbüro nach Hongkong verlegt hat, ist dabei ziemlich zurückhaltend und reorganisiert ihre Organisation, um ihre Arbeit fortzusetzen.

Beobachter vermuten, daß die singapurensischen Behörden das viele beschlagnahmte Material und die Archive des CCA-Büros dazu benutzen werden, um neue Geschichten zu fabrizieren und dazu immer irgendein "Beweisstück" zu finden. Es kann davon ausgegangen werden, daß das Material aus diesem Büro von allen Geheimdiensten der ASEAN-Länder genutzt werden wird, um Menschenrechtsgruppen und andere Formen von demokratischem Dissens, insbesondere unter Christen, zu zerschlagen.

vgl. FEER 14.1.88 S.22; AW 15.1.88 S.25; Update No.17 S.4/5

Hongkonger Wochenzeitschrift FEER quasi-verboden

Am 26.12.87 erhielt die hongkonger Wochenzeitschrift "Far Eastern Economic Review" (FEER) einen Brief vom Kommunikations- und Informationsminister Singapurs, in dem mitgeteilt wird, daß sie von ihm "als ausländische Zeitung, die sich in die Innenpolitik Singapurs einmische", betrachtet wird. Entsprechend dürfe die FEER bis auf weiteres nur 500 Exemplare pro Ausgabe durch einen von der Regierung zugelassenen Händler in Singapur an vom Minister bestimmte Kreise verkaufen. Dieses Vorgehen der Regierung gegen unbequeme ausländische Zeitungen ist nach der Änderung des Pressegesetzes vom Juli 1986 (vgl. SOAI 2/86, S.38 u. 4/86, S.48) möglich und wurde bereits beim US-Magazin "Time", dem "Asian Wall Street Journal" und der "Asiaweek", beide aus Hongkong, angewandt.

Anlaß für dieses Quasi-Verbot der Zeitschrift in Singapur ist die Berichterstattung in ihrer Ausgabe vom 17.12.88 über die Hintergründe der Gespräche zwischen Premierminister Lee Kuan Yew und dem Erzbischof Gregory Yong von Singapur am 2.6.87 über die Verhaftungen von 16 Personen einige Tage vorher. Unter den Verhafteten waren 10 ehren- und hauptamtliche Mitarbeiter/innen der katholischen Kirche. Die Regierung Singapurs ist der Auffassung, daß die Zeitschrift ihrer journalistischen Sorgfaltspflicht nicht ausreichend nachgekommen ist, indem sie den Wahrheitsgehalt der von ihr zitierten Aussagen

des Priesters Edgar D'Souza (vgl. Nachricht dazu) nicht überprüft habe und es damit so hinstellen würde, als seien sie die Wahrheit. Anwälte des Premierministers haben eine Verleumdungsklage gegen die Zeitschrift angestrengt, da dieser sich durch die Berichterstattung beleidigt fühlt, und fordern eine Rücknahme der Behauptungen, Entschuldigung und Schadenersatz. Der Chefredakteur der FEER, Derek Davies, wies die Vorwürfe in einem längeren Kommentar in der Ausgabe vom 7.1.88 zurück. In dem die FEER über erwähnenswerte Aussagen berichte, bedeute dies noch lange nicht, daß die FEER der Meinung sei, sie entsprächen der Wahrheit. Er schreibt: "Ähnlich verhält es sich, wenn die Regierung Singapurs 22 Personen verhaftet und sie als solche beschreibt, die an einer marxistischen Verschwörung beteiligt waren, um die Regierung Singapurs zu stürzen. Wir würden dies wohl als erwähnenswert ansehen und darüber berichten (wie wir es in der Tat getan haben), aber dies würde in keiner Weise bedeuten, daß wir die Anschuldigungen glauben oder die angebliche Verschwörung als Tatsache hinstellen. Die gleichen Grundsätze gelten für die Aussagen von Edgar D'Souza." Die FEER veröffentlichte dazu eine Reihe langer Leserbriefe von James Fu, dem Pressesekretär des Premierministers Lee. Die Regierung Singapurs ging soweit, in Form einer ganzseitigen Anzeige in der FEER sich die vollständige Wiedergabe eines Leserbriefs von Fu zu dem Kommentar zu verkaufen. Da sich die FEER nicht auf eine eingeschränkte Verbreitung ihrer Zeitschrift in Singapur einlassen wollte, hat sie ihren Verkauf in Singapur völlig eingestellt. Auch den Druck und Vertrieb, der bisher zu 66% von Singapur aus durchgeführt wurde und Singapur US\$ 1,48 Mio. im Jahr Singapur einbrachte, wurde dort eingestellt.

vgl. FEER 24.12. S.3f, 31.12.87 S.3f, 7.1. S.10ff, 14.1. S.11, 21.1. S.33, 4.2.88 S.10

Anti-US-"Demonstration"

Rund 4500 Arbeiter demonstrierten am 5.2.88 vor dem Singapore Conference Centre gegen die Entscheidung der US-Regierung, Singapur aus dem Handelbevorzugungssystem (Generalised System of Preferences) herauszunehmen, welches 700 singapureanischen Produkten die zollfreie Einfuhr in die USA ermöglichte, davon ausgehend, daß Singapur kein Entwicklungsland mehr sei. Es war die größte Demonstration seit Jahren, die der National Trades Union Congress (NTUC) bei Be-

zahlung von S\$ 5 und freiem Transport organisiert hat.

So ungewöhnlich es ist, daß eine solch große Demonstration genehmigt wurde, so ungewöhnlich ist auch das Ziel der Demonstration. Die USA sind der größte Investor in Singapur sowie der wichtigste Absatzmarkt für seine Industrieprodukte. Seit Jahren wurde bereits mit solch einem Schritt seitens der USA gerechnet. Der unmittelbare Anlaß für die USA, einen solchen Schritt zu unternehmen, wird von Beobachtern in der Änderung des singapureanischen Pressegesetzes gesehen, was von Seiten der USA als Berechtigung zum "andauernden Diebstahl von intellektuellem Eigentum" angesehen wird (vgl. Nachricht dazu).

Einige Beobachter meinen, daß die große Demonstration unverhältnismäßig gewesen sei und möglicherweise ungünstige Folgen in der Beziehung zu den USA haben könnte. Außerdem wird befürchtet, daß Demonstrationen dadurch wieder zu einer normalen Form des Protestes gemacht würden. Andere Beobachter meinen, daß mit der großen Öffentlichkeit, die dieses Ereignis erhalten hat, lediglich eine Art Belagerungsmentalität in Singapur verstärkt werden solle und mögliche wirtschaftliche Krisen, die gerade von den Arbeiter/innen am stärksten verspürt werden, in nächster Zeit den USA in die Schuhe geschoben werden könnten.

vgl. FEER 18.1.88 S.16f; Update No.17 S.4

Pressegesetzänderung erlaubt Kopieren eingeschränkter ausländischer Zeitungen

Die erneute Änderung des Pressegesetzes durch das Parlament am 27.1.88 soll ermöglichen, daß ausländische Zeitungen, deren Verkauf von der Regierung in Singapur eingeschränkt wurde, fotokopiert und ohne Anzeigen in der beschränkten Anzahl vertrieben werden können. Vertriebsgesellschaften können auf Antrag solche fotokopierten Exemplare erstellen und zum Unkostenpreis an ein ausgewähltes Publikum verkaufen. Die Regierung von Singapur will damit dem Boykott der in Hongkong erscheinenden Wochenzeitschrift Far Eastern Economic Review (FEER) begegnen, um einen freien Fluß von Informationen in Singapur aufrechtzuerhalten. Sie hatte Ende Dezember 1987 eine Einschränkung des Verkaufs der FEER in Singapur auf 500 Exemplare pro Ausgabe angeordnet (vgl. Nachricht dazu).

vgl. FEER 21.1. S.32, 11.2. S.32f, AW 22.1.88 S.19

DOKUMENTATION

Menschenrechte in Brunei

amnesty international war besorgt über die fortdauernde Inhaftierung ohne Gerichtsverfahren von ca. 30 politischen Gefangenen, unter ihnen fünf von der Organisation betreute Gefangene, für deren Freilassung amnesty international sich bereits seit vielen Jahren einsetzte. Alle fünf befanden sich seit über 22 Jahren auf der Grundlage von Notstandsbestimmungen in Haft, die 1962 in Brunei eingeführt worden waren und seitdem ununterbrochen in Kraft waren. Die Gefangenen sollen angeblich an einer von der Volkspartei von Brunei (Partai Rakyat Brunei) angeführten bewaffneten Rebellion im Dezember 1962 beteiligt gewesen sein.

Im Februar genehmigte die Regierung die Gründung einer zweiten politischen Partei, der nationalen Vereinigten Partei von Brunei (Brunei National United Party - BNUP), nachdem im Vorjahr bereits die Nationaldemokratische Partei von Brunei (Brunei National Democratic Party - BNDP) gegründet worden war - die zu jenem Zeitpunkt einzige legale Partei des Sultans.

Im Laufe des Jahres 1986 wurden zehn politische Häftlinge, von denen die meisten seit Mitte

der 70er Jahre in unbestätigter Haft gehalten worden waren, freigelassen, nachdem sie dem Sultan Loyalität geschworen hatten. Damit erhöhte sich die Gesamtzahl der seit der Unabhängigkeit von Brunei Darussalam im Januar 1984 Freigelassenen auf 24 Personen.

Von den meisten Gefangenen, für die amnesty international sich einsetzte, wurde angenommen, daß sie bereits ein vorge-rücktes Alter erreicht haben und daß sie praktisch in völliger Isolation festgehalten wurden. In einer im Oktober 1986 den "Vergessenen Gefangenen" gewidmeten Veröffentlichung berichtete amnesty international auch über die Schicksale der Langzeitgefangenen in Brunei. Sie appellierte an den Sultan, die Gefangenen freizulassen, deren fortdauernde Inhaftierung nach Auffassung amnesty international nicht in der Beteiligung der Gefangenen an der Rebellion von 1962 begründet lag, sondern der Abschreckung vor politischen Aktivitäten diene. Für die fortgesetzte Inhaftierung dieser und anderer politischer Gefangener wurden keine Begründungen gegeben.

aus: amnesty international, Jahresbericht 1987, Frankfurt 1987, S. 307f

NACHRICHTEN

BRUNEI

Nationaldemokratische Partei Bruneis aufgelöst, Parteiführer inhaftiert

Am 27.1.88 wurde die eine der 2 Parteien des Sultanates Brunei, Brunei National Democratic Party (BNDP), wegen Verletzung des Vereinsgesetzes aufgelöst. 4 Tage später wurden ihr Präsident, Abdul Latif Hamid, und ihr Generalsekretär, Abdul Latif Chuchu in der Hauptstadt Bandar Seri Begawan nach den Notstandsgesetzen, die seit 26 Jahren in Kraft sind, ohne Begründung verhaftet.

Brunei, reich an Erdöl, mit seinen 230 Tsd. Einwohnern wird von seinem 41-jährige Sultan Hasanah Bolkiah, der auch Premierminister ist, als absolute Monarchie regiert. Erst 1984 wurde es völlig unabhängig von Großbritannien. Seit 1962, als Anhänger der damals existierenden Brunei People's Party erfolglos einen Aufstand anzettelten, herrscht im Land der Notstand. Seit der Unabhängigkeit des Landes wurden weder der Notstand aufgehoben noch Wahlen für eine Regierung durchgeführt. Als bis dahin einzige Partei wurde die BNDP ein Jahr nach der

Unabhängigkeit zugelassen, die vorgibt, heute 4000 Mitglieder zu haben. Es handelt sich bei ihnen im wesentlichen um Geschäftsleute und sogenannte "Professionals". Sie vertritt keinerlei eigene Ideologie außer für Demokratie zu sein und ist nicht gegen die Regierung eingestellt.

Beobachter sehen den Grund für das Verbot der Partei und die Verhaftung darin, daß im November 1987 Führer der BNDP auf einer Pressekonferenz in Kuala Lumpur den Sultan aufgefordert hatten, den Notstand im Land aufzuheben, als Premierminister zurückzutreten und Wahlen einzuberufen.

Am 23.2.88, dem Nationaltag, wurden 4 politische Gefangene freigelassen, wovon einer seit 1962 festgehalten wurde. In einer vom Fernsehen übertragenen Rede machte der Sultan seinem Volk keinerlei Hoffnungen, daß das Land auf dem Weg zu einer wie auch immer gearteten Demokratie sei. amnesty international in London rief am 24.2.88 in einer "urgent action" zum Protest gegen die Verhaftungen auf.

vgl. FEER 25.2. S.10, 10.3.88; Alurgent-action 54/88 v. 24.2.88